Brandgefährlich

Sie sind leicht zu gewinnen, billig – und entbehrlich, wenn sie auffliegen. „Wegwerf-Agenten“ im Auftrag Russlands verunsichern den Westen, Paketbomben in DHL-Flugzeugen hätten beinahe eine Katastrophe verursacht. Wie das Sabotagesystem des Kreml funktioniert und wer dahintersteckt.

Von Sebastian Erb, Jörg Schmitt, Lina Verschwele und Ralf Wiegand, (Mitarbeit: Manuel Bewarder, Florian Flade, Sebastian Pittelkow), Süddeutsche Zeitung, 23.4.2025

Es hätte Vilnius treffen können, den Großraum Leipzig oder die Weltstadt London. Irgendwo auf dem Weg von Litauen über Deutschland nach Großbritannien wäre vielleicht ein DHL-Transportflugzeug vom Himmel gefallen, wenn das gefährliche Paket, das es in seinem Frachtraum befördern sollte, in der Luft in Brand geraten wäre. Kaum etwas fürchten Piloten mehr als ein Feuer an Bord.

Welchem Katastrophenszenario die europäische Luftfahrt entgangen ist, ahnen die Beamten der deutschen Bundespolizei noch nicht, als am frühen Morgen des 20. Juli 2024, um 5.54 Uhr, diese Meldung eintrifft: Am Flughafen Leipzig brennt ein Gefahrgutcontainer von DHL. Die Feuerwehr rückt aus, ihr gelingt es, den Brand zu löschen, niemand wird verletzt. Polizeibeamte gehen von einem technischen Defekt als Ursache aus. Teuer, aber harmlos. Für die Behörden hätte der Fall damit erledigt sein können.

Nur einen Tag später jedoch fängt ein weiteres Paket Feuer, im polnischen Jabłonowo bei Warschau. Wieder einen Tag danach brennt ein Paket in einem Frachtzentrum bei Birmingham. Kann das noch Zufall sein?

Bei DHL kommen Zweifel auf, ein Mitarbeiter informiert die Polizei über Parallelen: Mindestens zwei der Pakete seien in Litauen abgeschickt worden – unter Angabe derselben russischen E-Mail-Adresse.

Auch der Inhalt der Pakete soll identisch sein: Nackenmassagegeräte. So geht es aus Informationen hervor, die Süddeutscher Zeitung, NDR und WDR vorliegen.

Ende Juli nimmt offenbar zunächst die britische Terrorabwehr in der Sache Ermittlungen auf, kurz danach schaltet sich auch das deutsche Bundeskriminalamt (BKA) ein. Bei den Paketbränden handle es sich womöglich um Sabotage im Auftrag Russlands, heißt es jetzt in Sicherheitskreisen.

In einem der verschickten Pakete finden Analysten schließlich einen Brandsatz mit Magnesium, das macht die Sendungen noch brisanter.

Magnesium brennt auch unter Wasser und ist daher schwer zu löschen.

Ende August 2024 geht der Generalbundesanwalt von einem Sabotageakt aus, das BKA leitet das Ermittlungsverfahren „Mercurius“ ein. Auch in Polen, Litauen, Großbritannien, USA und Kanada wird wegen verdächtiger Sendungen ermittelt. Die Lage ist offenbar ernst: „Es besteht die Gefahr, dass in Zukunft Menschen durch russische Sabotageaktionen sterben werden“, sagt Darius Jauniškis, bis April Chef des litauischen Geheimdienstes VSD.

Der DHL-Fall ist der bisherige Höhepunkt einer Serie von Sabotageakten, die Europa seit vielen Monaten beschäftigt. Eine gemeinsame Recherche von Süddeutscher Zeitung, NDR und WDR zeichnet nun den Weg der Pakete so genau wie nie zuvor nach, sie beleuchtet das System der Handlanger und Hintermänner, vom sogenannten Einweg-Agenten bis hin zu hochrangigen Geheimdienstmitarbeitern in Moskau. Für diese Recherche haben Reporterinnen und Reporter mit europäischen Geheimdiensten gesprochen und Gerichtstermine besucht, Akten gesichtet, Social-Media-Profile ausgewertet und Experten befragt, wie sich Europa vor Sabotageakten schützen kann.

Seit dem vergangenen Jahr häufen sich in Europa die Fälle mutmaßlicher Sabotage, hinter denen Putins Staatsapparat vermutet wird.

Der hybride Krieg, den Russland gegen den Westen führt, verschärft sich. Anfangs bediente sich Moskau noch eher indirekter Methoden, flutete etwa die sozialen Medien wie X oder Instagram automatisiert mit prorussischer Propaganda. Dann kamen gezielte Desinformationskampagnen dazu, gefälschte Artikel auf gefälschten Nachrichtenseiten, um die öffentliche Meinung gegen eine Unterstützung Kiews zu drehen. Seit zwei Jahren, seit der Westen verstärkt schwere Waffen in die Ukraine liefert, häufen sich die Vorkommnisse außerhalb des virtuellen Raums.

In mehreren europäischen Großstädten tauchte Propaganda an Hauswänden auf, zunächst Graffiti, Anti-Nato-Slogans oder Davidsterne. Hingesprüht mutmaßlich von Taschengeld-Agenten, bezahlt von Russland.

In Paris wurden im Juni 2024 fünf Holzsärge auf die Straße beim Eiffelturm gestellt, eingehüllt in die französische Trikolore. Die Aufschrift: „Französische Soldaten in der Ukraine“.

An Hunderten Autos in Baden-Württemberg, Bayern und Brandenburg wurden die Auspuffrohre mit Bauschaum verklebt. Vor der Bundestagswahl sollte so offenbar Hass auf die Grünen geschürt werden. Die mutmaßlichen Täter sollen 100 Euro pro beschädigtes Fahrzeug bekommen haben.

Immer wieder werden an Militärstandorten und Industrieanlagen Überflüge großer Drohnen registriert, die so schnell wieder verschwinden, wie sie aufgetaucht sind. Offenbar wurden auf diese Weise etwa Truppenübungsplätze in Sachsen-Anhalt, die U. S. Air Base Ramstein und der Luftwaffenstützpunkt Schwesing bei Husum in Schleswig-Holstein ausgespäht. Dort werden ukrainische Soldaten am Flugabwehrsystem Patriot ausgebildet.

In einigen Fällen ist es nicht nur zu Ausspähungen gekommen, sondern auch zu konkreten Sabotageaktionen. Davon betroffen waren etwa mehrfach Marineschiffe, die bei Werftarbeiten beschädigt wurden. Im April 2024 hat der Generalbundesanwalt in Bayreuth zwei Deutschrussen festnehmen lassen, die zusammen mit einem weiteren Mann Sprengstoff- und Brandanschläge auf US-Militärstützpunkte in Bayern und Sabotageaktionen gegen Bahnstrecken geplant haben sollen. Sie sind inzwischen wegen „geheimdienstlicher Agententätigkeit“ angeklagt. Im Jahr 2024 gab es auch auf zivile Ziele eine Reihe von Brandanschlägen, hinter denen Russland stecken soll. Manche gingen – wie auf dem Flughafen Leipzig – glimpflich aus, manchmal gab es beträchtlichen Sachschaden. Im Mai 2024 etwa zerstörte ein Großbrand ein Einkaufszentrum mit rund 1400 Geschäften in der polnischen Hauptstadt Warschau. Der mutmaßliche Brandstifter, ein ukrainischer Minderjähriger, soll in russischem Auftrag gehandelt haben.

Immer wieder kam es auch zu Sabotageaktionen auf Infrastruktur wie Pipelines und Unterseekabeln, auch wenn nicht bei allen Vorfällen ein Unfall ausgeschlossen werden kann. Besonders im Fokus steht die Ostsee. Im Oktober 2023 etwa wurde eine Gaspipeline zwischen Finnland und Estland durchtrennt. Und allein im November und Dezember 2024 wurden mehrere am Meeresgrund verlegte Kommunikations- und Stromkabel zerstört.

Immer unter Verdacht: Russland.

Allein im vergangenen Jahr wurden nach Einschätzung des litauischen Geheimdienstes VSD europaweit mehr als 50 mutmaßliche Saboteure und deren Mittelsmänner festgenommen, sie alle sollen im Auftrag des Kreml gestanden haben. „Wir denken immer noch, dass es sich nur um Sabotageaktionen handelt“, sagt der Litauer Jauniškis. „Aber Russland sieht das als Krieg gegen uns, und das müssen wir verstehen.“ Putins Geheimdienste und deren Handlanger stellten auch außerhalb Russlands Kritikern und Gegnern des Regimes nach, bei einigen offenbar mit dem Plan, sie zu entführen oder zu ermorden. Sie spähten Kasernen und Truppenübungsplätze aus, auf denen Ukrainer an westlichen Waffensystemen trainiert werden. „Die wir da beobachtet haben, sind keine Einzelfälle“, sagt Bruno Kahl, Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), über solcherlei Aktivitäten. „Wir mussten davon ausgehen, dass diese Art der Eskalation bis hin zu konkreten Sabotageakten auch wirklich mal Realität wird. Wir haben auch relativ frühzeitig die Bundesregierung davon in Kenntnis gesetzt, was das Spektrum solcher Maßnahmen ist.“ Der Fantasie, sagt Kahl, seien da keine Grenzen gesetzt. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Konstantin von Notz, seit drei Jahren Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums zur Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes, kritisiert indes, in Deutschland gebe es bisher noch nicht einmal „den Konsens, dass diese Angriffe auf uns tägliche Realität sind“.

Bruno Kahl, Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND).

Zuletzt eskalierte Russland die Wahl seiner Mittel auf eine Art, die Experten glauben lässt, Moskau taste sich an den Nato-Beistandsartikel 5 heran. „Russland geht an die Grenze und testet aus, wann und wie wir reagieren“, sagt der litauische

Außenminister Kęstutis Budrys. „Ist bei einem Cyberangriff auf ein Krankenhaus oder auf unsere kritische Infrastruktur, bei dem viele Menschen sterben können, der Artikel-5-Fall schon erreicht? Wir diskutieren und diskutieren, stattdessen müssten wir anfangen, Grenzen zu setzen und selbst zu agieren."

Neu ist auch, dass Russland bei seinen Aktionen zum Teil nicht wie früher auf Profis setzt, sondern auf bezahlte Amateure, die entweder aus der organisierten Kriminalität stammen – oder schlicht auf das Geld aus sind. Es ist eine Art Gig Economy für Saboteure, einzelne Aufträge gegen Gage – große Zusammenhänge werden kaum sichtbar. Und selbst wenn hinter manchen Aktionen gar nicht Russland steckt, nützt es dem Kreml – Verunsicherung als Teil der Strategie.

„Single Use Agents" oder „Low Level Agents", wie sie oft genannt werden, haben Russlands Dienste bereits in Afghanistan eingesetzt, dort haben sie als lokale Terrorgruppen amerikanische Streitkräfte angegriffen. Das Prinzip kommt nun auch im hybriden Krieg gegen den Westen zum Einsatz. Die Agenten kassieren zwischen ein paar Hundert und 10 000 Euro pro Auftrag, je nachdem, ob sie nur ein Paket von A nach B transportieren oder einen Brandanschlag auf eine Rüstungsfabrik verüben sollen. Bezahlt wird oft über Kryptowährungen, um den wahren Auftraggeber und verräterische Geldflüsse zu verschleiern. Für den Kreml mache das Operationen sicherer, sagt die Wissenschaftlerin Daniela Richterova, die am King's College in London zu Geheimdiensten forscht: „Die Brotkrumen führen nicht direkt zu den russischen Spionagemeistern." Außerdem könne Russland mit solchen Sabotage-Handlangern in viel größerem Maßstab agieren: „Sie können im Grunde jeden auf der ganzen Welt anheuern."

Die Computernerds in den Bot-Fabriken, die Sprayer, die gekauften Demonstranten, Paketboten, Drohnenpiloten oder der Matrose, der über einem Datenkabel den Anker ablässt: Sie machen jeweils nur ihren kleinen Job. Die großen Zusammenhänge aber dürften Profis planen, die nach Überzeugung westlicher Geheimdienste in Russland sitzen, als direkte Befehlsempfänger des Kreml. „Die meisten Aufträge gehen an den GRU", sagt der frühere litauische Geheimdienst-Chef Jauniškis. Beim russischen Militärgeheimdienst GRU sind für Sabotageaktionen eigene Einheiten zuständig.

Auf das Konto der „Einheit 29155“ sollen unter anderem das Nervengift-Attentat auf den früheren russischen Doppelagenten Sergej Skripal und dessen Tochter im März 2018 gehen. Sowie die Explosion eines tschechischen Munitionsdepots im Oktober 2014. Chef der Sabotagetruppe war seit 2013 Generalmajor Andrej Awerjanow. Inzwischen ist die Einheit laut westlichen Sicherheitskreisen in einer neuen Struktur aufgegangen, dem „Dienst für besondere Aktivitäten“ (auf Russisch SSD) und unter anderem durch Mitglieder von Spezialkräften ergänzt worden. Deutsche Sicherheitsbehörden machen sie auch für Anschläge hierzulande verantwortlich. Wie groß die Truppe genau ist, können oder wollen westliche Dienste nicht mit Gewissheit sagen. Sie gehen aber davon aus, dass Awerjanow auch an der Spitze des SSD steht.

Auf eine umfassende Anfrage zu den Vorwürfen teilt die russische Botschaft in Berlin mit, sie könne mit Antworten „kaum behilflich“ sein, da ihre Mitarbeiter „über keine gründlichen beruflichen Kompetenzen in Bereichen Paranoia, Verfolgungswahn und Verschwörungstheorien verfügen“.

Im Dezember 2024 hat die EU einen der mutmaßlich führenden Köpfe des GRU sanktioniert: Denis Smoljaninow, heißt es in der Begründung, sei spezialisiert auf „psychologische Kriegsführung“. Der Geheimdienstler im Rang eines Obersts nutze Telegram-Kanäle, um Desinformation zu verbreiten, und rekrutiere Agenten für Sabotageakte in der Europäischen Union via Social Media.

Dokumente aus dem Jahr 2014, also zu der Zeit, als Russland die Krim annektierte, zeigen nun, wie konkret sich Smoljaninow schon damals mit potenziell tödlichen Operationen befasste. Süddeutsche Zeitung, NDR und WDR konnten Unterlagen auswerten, die dem von Kreml-Kritiker Michail Chodorkowskij finanzierten Recherchezentrum „Dossier Center“ vorliegen.

Im November 2014 verschickte demnach Kirill R., damals offenbar Agent des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, eine E-Mail mit einer Datei namens SDR.rar im Anhang. Der Inhalt kreist darum, wie man Kommunikation und Navigation von Flugzeugen abhören, unterdrücken und sogar manipulieren kann. Illustriert ist das Dokument mit einem Flieger der ukrainischen Regierung

Der Empfänger der Mail: Denis Smoljaninow vom GRU. Nach Einschätzung mehrerer Geheimdienste soll er auch mit den DHL-Paket-Brandsätzen in Verbindung stehen, die im Sommer 2024 eine Katastrophe hätten auslösen können – und für die der GRU offenbar eine Reihe von „Einweg-Agenten“ anheuerte. Osteuropäische Geheimdienste gehen davon aus, dass ungefähr zehn Personen an den mutmaßlichen Brandanschlägen beteiligt waren. Rund die Hälfte davon soll über die Hintergründe Bescheid gewusst haben.

Weit am Anfang der Kette stand Ermittlungen in Deutschland und Polen zufolge ein 27-jähriger Ukrainer. Fotos in sozialen Netzwerken zeigen Wladislaw D. als schlanken Mann mit kurz geschorenen Haaren, beim Rudern, Spazierengehen und in einem Laden für Handyhüllen. Im Juli 2024 soll er im polnischen Kattowitz den ersten Auftrag erhalten haben.

Es wäre nicht das erste Mal, dass D. sich per Messenger für zwielichtige Aufgaben verdingen lässt. Kurz zuvor war er in Kattowitz wegen Geldwäsche und Cyberbetrug verurteilt worden. Zwei Unbekannte mit den Tarnnamen „Always“ und „Boss“ sollen D. und seine Komplizen zu ihren Taten instruiert haben – via Telegram. So geht es aus der Gerichtsakte hervor. Bei D.s erster Festnahme in einem Hostel in Kattowitz fanden Ermittler 2022 rund 20 Telefone und haufenweise SIM-Karten.

Aus der Untersuchungshaft heraus bat D. um Erlaubnis, seine Familie und seine Freundin anzurufen. Wegen der „sehr schwierigen Situation“ in seinem Heimatland mache er sich große Sorgen. Er notierte die Bitte in sauberer Schülerschrift, auch sie liegt in der Akte. In seinem Prozess bat D. um Verzeihung, sagte, er habe das Geld nur transferiert, ohne zu wissen, wo es herkam. Gegen das Urteil – knapp drei Jahre Haft – legte er Einspruch ein und kam 2024 vorläufig auf freien Fuß.

Wohl noch im vergangenen Sommer habe D. wieder neue Aufträge angenommen, so erzählt es seine Mutter am Telefon: „Nichts Schlimmes“, habe er versichert, als sie nachgefragt habe. Ihr Sohn habe selbst nicht gewusst, was er tat, sagt die Mutter von Wladislaw D. Sie ist kurz angebunden: „Alles, was ich weiß, ist, dass sie ihn getäuscht haben.“

Ermittlern zufolge brach D. im Juli 2024 zu einer folgenschweren Autofahrt nach Warschau auf. Von dort aus habe sein Auftraggeber ihn nach Litauen gelotst, über Kaunas nach Vilnius. In der litauischen Hauptstadt soll D. die gefährlichen Pakete aus dem Kofferraum des Autos genommen, sie im Hotelzimmer geöffnet und Zünder darin aktiviert haben, so zitiert es die Gazeta Wyborcza. Dann habe er die gefährliche Fracht einem 52-jährigen Mann namens Aleksandr S. übergeben. Bis heute ist offen, wer die Brandsätze zuvor präpariert hatte.

Überwachungskameras filmen am Nachmittag des 19. Juli 2024 einen stämmigen Mann in weißem T-Shirt und kurzen Hosen an einem DHL-Schalter in Vilnius. Eine Panoramatapete an der Wand verleiht der Szene nahezu Urlaubsflair. Die Bilder sollen Aleksandr S. zeigen, während er für 109 Euro Portokosten zwei Pakete an Adressen in London und Birmingham aufgibt – so halten es Ermittler später fest. Empfänger und Absender seien jeweils erfunden.

Schon in Litauen werden die Pakete offenbar routinemäßig gescannt, aber niemandem fällt etwas Verdächtiges auf. Behörden gehen davon aus, dass der russische Geheimdienst zuvor testete, wie sich die Sicherheitskontrollen umgehen lassen. Die Pakete werden am Abend für den Transport nach Deutschland verladen, Ziel ist der Airport Leipzig/Halle. Dort, so heißt es in der Selbstdarstellung von DHL, schlägt „das Herz einer weltumspannenden Logistikkette“. Hunderte Tonnen Fracht werden dort jede Nacht umgeschlagen, der sächsische Flughafen ist in dieser Hinsicht das wichtigste Logistikzentrum der Unternehmensgruppe.

Ein Transportflugzeug vom Typ Boeing 737, das eine Chartergesellschaft im Auftrag einer DHL-Tochter betreibt, startet um 22.11 Uhr in Vilnius und landet eine Stunde und 18 Minuten später in Leipzig, wie sich aus öffentlich zugänglichen Flugdaten rekonstruieren lässt. Dort sollen die Pakete für den Weiterflug an ihre Zielorte umgeladen werden. Am frühen Morgen des 20. Juli fängt bei diesem Zwischenstopp ein Paket Feuer, das mit einer gelben Maschine mit rotem DHL-Schriftzug nach London hätte transportiert werden sollen.

Aleksandr S. hat laut Ermittlern noch zwei weitere Pakete aufgegeben, bei DPD. Eines entzündet sich im polnischen Jabłonowo nahe Warschau, ein Sattelschlepper brennt aus. Das andere Paket wird abgefangen.

Eine Spur von Aleksandr S. führt auch nach Deutschland, zu einem schlichten Mehrfamilienhaus in Magdeburg. Mitte Februar durchsuchten Beamte im Auftrag der Generalbundesanwaltschaft hier die Wohnung eines jungen Mannes. Jetzt, Anfang April, öffnet er den Journalisten die Tür, will sich erklären. Soweit er wisse, sagt er, laufe ein Verfahren gegen Aleksandr S., „und ich bin Zeuge". Im vergangenen Sommer habe er „sechs, sieben Nachrichten" mit S. ausgetauscht, „das war's". Er habe damals nicht mal dessen Namen gekannt, nur sein Telegram-Kürzel: HK. Überhaupt habe er dem Litauer bloß geschrieben, weil ein alter Bekannter um eine Ausrede für ein verschwundenes Paket gebeten habe. „Irgendwelche Technik" sei da drin gewesen. Also habe er eine Geschichte erfunden, wonach das besagte Paket wohl auf dem Weg zu ihm abhandengekommen sei.

Flunkern als Freundschaftsdienst, so klingt es – oder soll es klingen. Sollte der Mann aus Magdeburg jemandem ein Alibi verschaffen, und wenn ja, wem?

Nicht nur in Vilnius wird auffällige Fracht auf die Reise geschickt. Kurz nach Aleksandr S. soll ein weiterer Beschuldigter in Warschau Pakete aufgegeben haben, diesmal mit den Zielen USA und Kanada. Laut Sicherheitskreisen versandte ein Mann namens Wjatscheslaw T. Pakete mit Trackern. Die polnische Staatsanwaltschaft geht später davon aus, dass mit den Sendungen die Transportbedingungen getestet werden sollten, bevor Brandsätze auch nach Amerika geschickt würden. Ende August verschärfen die USA ihre Auflagen für Lufttransporte. Bald darauf, so berichtet die New York Times, lassen die Amerikaner dem Kreml über Mittelsmänner eine Warnung zukommen: Sollten die verdächtigen Lieferungen nicht aufhören, werde das Konsequenzen haben. Welche, bleibt offen.

Noch bis zum Herbst werden D., S. und T. festgenommen, sitzen nun in Polen und Litauen in Untersuchungshaft. Entscheidender ist aber womöglich eine vierte Verhaftung: Im November 2024 setzen Beamte in Bosnien den Russen Aleksandr B., 43, fest. Die polnische Staatsanwaltschaft wirft ihm die „Koordinierung von

Sabotageakten“ vor, dazu zähle auch das Versenden von „Kurierpaketen mit Brandmaterial“. B. könnte demnach einer der Drahtzieher der Operation sein. Im vorangegangenen Sommer soll er zur Vorbereitung der Taten in Warschau gewesen sein. In Bosnien steht er im Verdacht, Bürger der Republik Moldau für konzertierte prorussische Proteste in ihrem Heimatland trainiert haben. Ein zweiter Russe wird in Polen noch gesucht.

Nur selten bekommen westliche Behörden einen tiefen Einblick ins System aus Drahtziehern, Mittelsmännern und Handlangern. Als solcher entpuppte sich die Festnahme einer bulgarischen Spionagezelle in Großbritannien, alle sechs Mitglieder werden voraussichtlich im Mai verurteilt. Chats und Abhörprotokolle zeigen, wie die Gruppe, angeleitet aus Russland, in Europa Aktionen ausführte. In Deutschland spähte sie einen Militärstützpunkt bei Stuttgart aus, in dem ukrainische Soldaten trainiert werden sollen. Einen damals in Wien lebenden russlandkritischen Journalisten verfolgte sie durch halb Europa bis ins Urlaubshotel, für einen anderen diskutierte sie sogar Varianten eines möglichen Anschlags: „Vielleicht verbrennen wir ihn lebendig auf offener Straße, besprühen ihn mit einer hochwirksamen Säure, VX, wie die Nordkoreaner, oder mit Rizin“, hieß es in einem der Chats.

In der Londoner Zelle fügten sich die kleinen Dienste zu einem größeren Plan. Die eine stellt eine Wohnung zur Verfügung und glaubt, sie tue damit nur jemandem einen Gefallen – aus dieser Wohnung heraus wird dann eine Zielperson observiert. Eine andere fotografiert eine Journalistin in einem Lokal, um deren Gewohnheiten auszuforschen. Oder jemand wird auf einem Flug neben einen bestimmten Reisenden gebucht, um die Pin-Nummer von dessen Mobiltelefon abzufilmen.

Angeleitet wurde die Gruppe nach Überzeugung der Ermittler von Jan Marsalek, dem ehemaligen Top-Manager des untergegangenen Wirecard-Konzerns. Der führt demnach inzwischen ein zweites Leben als Agentenführer in Russland – Zugriff derzeit unmöglich. Marsalek teilte seine Informationen fast ausschließlich mit dem Kopf der bulgarischen Zelle, wobei in Chats auch die Verbindung zu den russischen Geheimdiensten GRU und FSB zur Sprache kommt, denen Marsalek offenbar berichtet.

Diejenigen, die letztlich spionierten, abhörten, in eine Wohnung einbrachen oder gestohlene Computer von einem Ort zum anderen brachten, erfuhren offenbar nur so viel, wie für ihre Aktion gerade nötig war. Sie sind es letztlich auch, die nun in einem britischen Gefängnis sitzen; Marsalek, ohnehin nicht zu fassen, war nicht einmal angeklagt. Die russischen Dienste, sagt der litauische Außenminister Kęstutis Budrys, würden solche „billigen Agenten“ nur für eine einmalige Aktion benutzen, „und wenn es schiefgeht, lassen sie sie einfach zurück“.

Nicht nur die britische Justiz steht vor der Frage, wie sie mit dieser Art von Tätern verfahren soll: Das Gericht im polnischen Wrocław residiert in einem Ziegelbau mit Türmchen und Zinnen, Ende Februar wird hier ein Angeklagter in den Saal geführt. Serhij S. trägt einen roten Sträflingsanzug, Hand- und Fußfesseln. Er nimmt seinen Platz hinter einer Glasscheibe ein, flankiert von drei bewaffneten Polizisten. Während der Richter das Urteil verliest, knetet der Angeklagte seine Finger. Journalisten filmen sein Gesicht, S. wirkt, als sei er den Tränen nahe.

Die polnische Staatsanwaltschaft wirft Serhij S. die Vorbereitung von Sabotage und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vor. Im Auftrag eines ausländischen Geheimdienstes soll der 51-jährige Ukrainer an mehreren Orten in Wrocław Brandstiftungen geplant haben – auch in der Nähe eines Tanklagers mit Millionen Litern Treibstoff. Bei seiner Festnahme Ende Januar 2024 fanden Beamte bei ihm Brandbeschleuniger und Grillanzünder. Fotos davon liegen in der Akte, die SZ, NDR und WDR einsehen konnten. Auf mehr als 1400 Seiten hat die Staatsanwaltschaft den Fall dokumentiert.

Angewiesen hat Serhij S. demnach ein Mann, den der Angeklagte wohl selbst nur über Telegram kannte. Er nannte sich dort Alexej, Nickname „Lucky Strike“. Ihm war Serhij S. offenbar mit prorussischen Posts im Internet aufgefallen, die beiden kamen ins Gespräch. Es soll dieser Alexej gewesen sein, der Serhij S. im Januar 2024 ein Flixbus-Ticket nach Polen zahlte. S. lebte damals im hessischen Neustadt. In Wrocław angekommen habe Alexej ihn an verschiedene Orte dirigiert, zu zwei Baumärkten und einer Farbfabrik. Die liegt in der Nähe eines Treibstoffdepots einer großen Tankstellenkette.

An jeder Station machte Serhij S. Fotos, auch sie liegen in der Akte. Schließlich habe Alexej gefragt, ob S. einen dieser Orte anzünden würde. Er versprach ihm 4000 US-Dollar Belohnung. Serhij S. stimmte zu. Irgendwann in dieser Zeit, so sagt er es später im Prozess, sei ihm der Verdacht gekommen, Alexej könnte für einen russischen Geheimdienst arbeiten.

Für Männer wie S., die „Single Use Agents“, kursiert inzwischen noch ein anderes, nicht weniger zynisches Wort: Wegwerfagent. Täter wie er machten Sabotageakte „billiger, schneller und sicherer“ für ihre eigentlichen Drahtzieher, glaubt der ermittelnde Staatsanwalt in Wrocław. Wie billig, das lässt sich auch im Gerichtssaal erahnen: S. wird von einem polnischen Pflichtverteidiger vertreten. Kein Angehöriger ist angereist, um ihn bei seinem Urteil zu begleiten, die einzigen Zuschauer sind Journalisten.

Serhij S. allerdings bestreitet, dass er den Plan je umsetzen wollte. Er habe Alexej die Brandstiftung nur vorgetäuscht, um dessen Geld einzustreichen. „Der Teufel hat mich verführt“, sagt er bei seiner Vernehmung vor Gericht. Auf seinem Handy fanden Ermittler entsprechende Aufnahmen: Mal fotografierte S. ein Wärmekraftwerk und gab den Dampf als Rauch seines Feuers aus. Mal schickte er „Alexej“ Bilder von verkohlten Hölzern, die seine Frau in Deutschland gemacht hatte. Die Überreste des Feuers seien schon zur Seite geräumt, schrieb er seinem Auftraggeber auf Telegram.

Fast gleichzeitig tauschte er im Chat mit seiner Frau Hasen-Emojis und Liebesschwüre aus. Bei seiner Festnahme stand er schon am Busbahnhof, kurz vor der Rückreise nach Deutschland.

S., so könnte man es sehen, war ein Betrüger – aber ein harmloser. Es gibt jedoch auch Beweise, die Serhij S. in ein anderes Licht rücken. So hatte er auf seinem Handy Videos, die erklären, wie man Sprengfallen baut oder Zünder in Schokoriegeln versteckt. Es fanden sich darauf auch PDFs wie das über „Moderne Pyrotechnik“, herausgegeben in Moskau. Darin: Tipps zu Brandbeschleunigern. Oder das „Handbuch zum Widerstand“ gegen das angebliche „Marionettenregime“ in Kiew. Es weist verschiedene Berufsgruppen an, der Ukraine gezielt zu schaden: „Verbrauchen Sie mehr Medikamente als nötig“ rät es Ärzten, Polizisten sollen Verdächtige vor ihrer

Festnahme warnen; Passbeamte Daten nach Russland schicken. Auch für Menschen in „Drittstaaten“ – Männer wie Serhij S. – hat das Pamphlet Ideen. Sie sollen Proteste gegen die Nato organisieren und Fotos davon an russische Nachrichtenagenturen schicken.

Bei der Festnahme fanden Beamte bei Serhij S. außerdem ein Notizbuch. Eine darin verzeichnete Telefonnummer ordnete S. einem Kämpfer von Wagner zu. 2023 habe er selbst erwogen, sich der berüchtigten Söldnertruppe anzuschließen, versuchte sogar, nach Russland einzureisen. Auch ein anonymer Zeuge hat Serhij S. belastet.

Für den Richter in Wrocław zählt all das mehr als die Tatsache, dass S. gar keinen Brand gelegt hat: „Ihr Handeln gefährdete die öffentliche Ordnung.“ S. habe Sabotage „ im Rahmen des größten Konflikts in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“ vorbereitet, im Krieg in der Ukraine, der Polen von Beginn an beistehe. Der Richter verweist auf die rund 600 aus der EU ausgewiesenen russischen Diplomaten, von denen einige früher in Europa spionierten. Russland habe diese Lücke mit „Stellvertreter-Agenten“ gefüllt. Mit Männern wie Serhij S.

Serhij S. erhält acht Jahre Haft. Das Urteil – es ist noch nicht rechtskräftig – sende ein Signal, an die Öffentlichkeit und alle möglichen Nachahmer, sagt der Richter: Der Staat funktioniert. Nur darum ist der Prozess öffentlich und nicht geheim, wie sonst bei polnischen Spionageverfahren üblich.

Aber funktioniert der Staat wirklich? Jeder Staat? Wenige Tage nach der Festnahme von Serhij S. Anfang 2024 hatten die polnischen Behörden eine Ermittlungsanordnung an ihre deutschen Kollegen geschickt. Sie baten darum, die Wohnung von Serhij S. in Hessen durchsuchen zu lassen. Es gehe um mögliche Beweise für einen Terror- und Sabotageverdacht. Das Ganze sei dringend. Doch das zuständige Gericht erteilte den Durchsuchungsbeschluss erst vier Monate später.

Es sei „eklatant, wie wenig gehandelt wird von Seiten der Sicherheitsbehörden“ angesichts der Vielzahl von Übergriffen und Provokationen, sagt Geheimdienstkenner Konstantin von Notz. Auch fehle die klare Sprache, „einen Sabotageakt wirklich Sabotage zu nennen, ganz anders als in allen skandinavischen Ländern, im Baltikum, in

Polen sowieso“. Sicherheitsbehörden, Bundeswehr, Nachrichtendienste und Polizei müssten für hybride Angriffe besser ausgerüstet und „insgesamt wehrhafter“ gemacht werden, sagt der Politiker. Nach Einschätzung westlicher Dienste beschäftigen die russischen Geheimdienste rund 400 000 fest angestellte Mitarbeiter, etwa 45 000 sollen im GRU dienen. Allein der Auslandsdienst SWR, der die Politik, Wirtschaft, Technologie und Wissenschaft anderer Länder im Auge behält, zählt angeblich 12 000 bis 15 000 Köpfe – mindestens doppelt so viele wie der gesamte BND.

Im hybriden Krieg mit Russland ist der Wert von Information enorm gestiegen. Auch das dürfte bei den übers Internet rekrutierten Single Use Agents eingepreist sein: Gehen sie verloren, wissen sie zu wenig, um dem Feind nützlich zu sein. Werden welche gebraucht, können sie sofort einsteigen: Anleitungen zur Sabotage gibt es inzwischen frei verfügbar im Netz – selbst solche, die 2014 der GRU-Mann Denis Smoljaninow von seinem Kollegen erhielt. Flugfunk mitzuhören und Flugrouten aufzuzeichnen, „können Amateure leisten“, sagt der Wissenschaftler Florian David vom DLR-Institut für Kommunikation und Navigation. Auch für das Stören der Satellitennavigation kursieren Anleitungen.

Tatsächlich ist die Zahl der Störfälle im Luftverkehr im vergangenen Jahr rasant gestiegen, allein von Mitte Juli bis Mitte August 2024 waren laut einem Expertenbericht rund 41 000 zivile Flüge von Beeinflussungen des GPS-Signals betroffen. Grund dafür seien regionale Konflikte, etwa Versuche, Drohnen von ihrem Weg abzubringen. Gezielte Angriffe auf zivile Flugzeuge fanden die Experten dagegen nicht. Florian David vom DLR warnt davor, in Panik zu verfallen: „Wir müssen diese Störungen ernst nehmen. Fliegen bleibt aber das sicherste Verkehrsmittel.“

Spionieren, sabotieren, zersetzen: BND-Chef Bruno Kahl sieht in solcherlei Aktionen „eine Demonstration von Macht: Guckt mal, was wir alles können, wo wir sind, wie weit unser Arm reicht“. Womöglich reicht er sogar bis in die eigene Nachbarschaft. So kontaktierte der russische Inlandsgeheimdienst FSB nach Informationen von SZ, NDR und WDR in Russland einen Mann, dessen Schwester mit deutschem Pass schon längere Zeit in Norddeutschland lebt. Der russische Geheimdienst drängte den Mann offenbar, seine Schwester zu besuchen – mit dem Ziel, einen Nachbarn auszuspähen. Im selben Haus wohne der Ingenieur einer Firma, die

Panzer für die Ukraine baue. Aus einer Nachricht geht hervor, dass der Russe dann vor Ort gezielt Informationen über diesen Mann sammeln sollte. Ob der FSB den Ingenieur anwerben oder womöglich sogar ein Attentat auf ihn verüben wollte, ist nicht klar, denkbar aber ist alles: Im vergangenen Juli wurde bekannt, dass von Moskau instruierte Mittelsmänner angeblich einen Anschlag auf den Vorstandsvorsitzenden von Rheinmetall, Armin Papperger, geplant hatten.

Westliche Dienste gehen überdies davon aus, dass die russische Konkurrenz in Europa über ein Heer von hunderten Zuträgern verfügt, die wiederum ihre Kontakte nutzen, um Russland mit allerlei Informationen zu versorgen. Nach SZ-Recherchen zählt zu solchen Subunternehmer-Agenten auch eine Ostdeutsche, die seit einiger Zeit in Russland lebt. Sie soll ihre Kontakte in der alten Heimat genutzt haben, um Informationen über Truppenbewegungen, die Stationierung von Waffensystemen an bestimmten Standorten sowie Infos über Hochsicherheitsbereiche auf Militärbasen zu liefern. Auch Jobangebote von Rüstungsfirmen soll sie gesammelt haben. Alle diese Informationen gab sie offenbar über einen verschlüsselten Textmessenger an einen russischen Geschäftsmann weiter, der exzellente Kontakte zum FSB hat.

Sie sind schnell verfügbar, günstig, unauffällig und entbehrlich: Russland scheint gefallen am System der Gelegenheitsagenten gefunden zu haben. Und das könnte erst der Anfang sein: „Die russischen Saboteure sehen, wie hilflos der Westen ihren Aktionen gegenübersteht, sie sehen, es ist billig, es ist effektiv“, sagt der litauische Außenminister Kęstutis Budrys und fragt: „Warum sollten sie jetzt damit aufhören?“